

Berlin intern



Informationsschrift des
CDU-Bundestagsabgeordneten Erich G. Fritz
für den Wahlkreis Dortmund

Für ein glaubwürdiges Angebot der EU an die Türkei

Aus Sicht der Union würde eine Aufnahme der Türkei die EU politisch, wirtschaftlich und institutionell überfordern. Ihre Identität und Akzeptanz der europäischen Integration durch die Menschen würde in Frage gestellt. Vor diesem Hintergrund hält die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die von der Bundesregierung angestrebte Vollmitgliedschaft in der EU für einen schwerwiegenden Fehler.

Die Türkei ist ein bedeutender und verlässlicher Partner des Westens, ein wichtiges Mitglied der NATO und bereits heute eng mit der EU verbunden. Gleichzeitig ist sie eine wichtige Brücke zur islamischen Welt und zum Nahen und Mittleren Osten. Für Staaten, die nur teilweise zu Europa gehören, müssen andere Lösungen als die Vollmitgliedschaft gefunden werden. Die CDU/CSU-Fraktion fordert deshalb, der Türkei anstelle der Vollmitgliedschaft eine privilegierte Partnerschaft anzubieten.

Für den Fall, dass der Europäische Rat die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen dennoch beschließen sollte, müssen diese Verhandlungen im Sinne der Empfehlung der EU-Kommission ausdrücklich ergebnisoffen geführt werden. Sie sollen unbedingt die Alternative einer privilegierten Partnerschaft zwischen der Türkei und der EU enthalten.

Leitantrag Wachstum – Arbeit – Wohlstand

Der Leitantrag „Wachstum Arbeit Wohlstand“ steht im Mittelpunkt der Diskussion des 18. CDU-Bundesparteitags, der vom 5. – 7. Dezember 2004 in Düsseldorf stattfindet. Er ist das Ergebnis der CDU-Arbeit am „Projekt Wachstum“ und wird seit Anfang Oktober auf mehreren CDU-Regionalkonferenzen (u.a. in Hamm am 7.10.2004) diskutiert.

CDU-Mitglieder haben die Möglichkeit, sowohl auf den Regionalkonferenzen als auch im internen CDUnet (www.mitglied.cdu.de) über den Leitantrag zu diskutieren und Änderungsvorschläge einzubringen.

Den 74-seitigen Leitantrag wie auch die in diesem Zusammenhang aufgeworfenen zehn wichtigsten Fragen und Antworten können Sie unter www.cdu.de nachlesen.

Aktuelle Stunde zum Kündigungsschutz

Schon vor der Veröffentlichung des Leitantrags des CDU-Bundesvorstandes, war dieser Antrag Gegenstand einer Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag. Die Union betonte dabei, dass die ge

Kontakt

Erich G. Fritz MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227-73111
Fax (030) 227-76733
erich.fritz@bundestag.de
www.erich-fritz.de

samte Politik darauf ausgerichtet werden muss, für mehr Wachstum und Beschäftigung zu sorgen, weil sozial ist was Beschäftigung schafft.

Es ist nicht Ziel der CDU, einem Arbeitnehmer, der heute eine Stelle und Kündigungsschutz hat, den Kündigungsschutz wegzunehmen. Vielmehr macht die CDU Vorschläge, die zu schnelleren und vermehrten Einstellungen führen werden.

Erich G. Fritz MdB verwies in der Debatte am 30.09.2004 auf die EDG, ein städtisches Dortmunder Unternehmen, das einen wöchentlichen Arbeitszeitrahmen von 70 Stunden hat. Zufriedenheit herrsche auf Arbeitnehmer- wie Arbeitgeberseite. Die Arbeitnehmer seien mit der Regelung zufrieden, weil sie wissen, dass sie dadurch bessere Wettbewerbschancen haben, ihre individuelle Arbeitszeit besser gestalten können, das Unternehmen wiederum kann saisonale Unterschiede problemlos ausgleichen. Die vollständige Rede von Herrn Fritz MdB anlässlich der Aktuellen Stunde zum Kündigungsschutz ist unter www.erich-fritz.de abrufbar (Rubrik Redebeiträge).

Kein Silberstreif am Horizont

Wachstumsprognose der Bundesregierung

Wenn Wirtschaftsminister Clement die Wachstumsprognose der Bundesregierung von unrealistischen 1,8 % auf 1,7 % leicht senkt, ist das ein krampfhafter Zweckoptimismus, den die Wirtschaftsforschungsinstitute mehrheitlich nicht teilen. Auch der versprochene Anstieg des privaten Konsums im nächsten Jahr wird bloß Wunschenken bleiben, solange die Menschen kein Vertrauen in die Politik der Bundesregierung und Angst um ihren Arbeitsplatz haben.

Dass sich der Konjunkturrhimmel 2005 nicht wirklich aufhellt, sondern eher verdüstert, ist kein Wunder. Solange die Bundesregierung auf die Selbsterholungskräfte der Konjunktur schießt, sich hinter den steigenden Ölpreisen versteckt und in der Wirtschaftspolitik Schlangenlinien fährt, wird es in Deutschland keine echte Trendwende geben. Selbst die leichte Konjunkturerholung in diesem Jahr ist nicht

auf die deutsche Politik zurückzuführen, sondern einzig und allein dem Exportzuwachs von gut 11 % zu verdanken. Die Binnenkonjunktur bleibt weiterhin ohnmächtig.

Wenn die Energiepreise steigen und sich der Welthandel 2005 auch aufgrund der teuren Rohstoffe abschwächt, wird Deutschland im nächsten Jahr durch seine extreme Exportabhängigkeit in besonderem Maße betroffen sein.

Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute

Selbst das von den Wirtschaftsforschungsinstituten vorgelegte Herbstgutachten zeigt, dass der von der Bundesregierung immer wieder angekündigte Aufschwung auch im nächsten Jahr ausbleiben und mit Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt nicht zu rechnen sein wird. Begründung: „Ein schlüssiges Konzept für eine wachstumsfördernde Politik ist von der Bundesregierung bislang nicht vorgelegt worden.“

Aus Sicht der Union gibt es nur einen Weg aus der Krise: Runter mit den Abgaben, Aufbau eines einfachen und gerechten Steuersystems mit niedrigen Steuersätzen, Befreiungsschlag auf dem Arbeitsmarkt durch betriebliche Bündnisse für Arbeit, flexible Arbeitszeiten und einen modernen Kündigungsschutz. Nur dies wird positive Impulse für Wachstum und Beschäftigung bringen.

Deutschland Schlusslicht unter Rot-Grün

Dass die rot-grüne Bundesregierung Deutschland zum Schlusslicht bei Beschäftigung und Wachstum macht, zeigt auch das von der Bertelsmann-Stiftung durchgeführte internationale Standort-Ranking. Darin erreicht die Bundesrepublik mit 66,4 Punkten gerade noch etwas mehr als die Hälfte der Punktzahl der Spitzenreiter Irland, USA und Australien mit 111 bis 101 von 120 möglichen Punkten. Deutschland liegt damit tief unten im so genannten „Alarmbereich“ (unter 80 Punkte).

Wie die Union sieht die Studie der Bertelsmann-Stiftung die Ursachen des schlechten Abschneidens in zu geringem Wirtschaftswachstum und einem unzureichenden Kampf

gegen die Massenarbeitslosigkeit, insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit.

Die Studie widerspricht der von der Bundesregierung wiederholt vorgetragenen Auffassung, Deutschland leide unter einem schwachen Wachstum der Weltwirtschaft. Das Gegenteil ist der Fall, denn Japan wuchs in den letzten drei Jahren fast dreimal so stark wie das BIP Deutschlands. In den Vereinigten Staaten und Großbritannien war das Wachstum rund sechsmal höher.

Außenwirtschaftsdebatte im Deutschen Bundestag:

Deutsche Exportkraft ist keine Garantie

Die Bundesregierung beruft sich gerne auf ihren im Jahre 2003 erworbenen Titel „Exportweltmeister“. Tatsächlich ist dieser Titel der Euroaufwertung zu verdanken und kein Gütesiegel für den Standort Deutschland. Wechselkursbereinigt sind wir seit Jahren Export-Vizeweltmeister.

Die Exportleistung ist zwar gut, aber nicht so gut wie gerne behauptet wird. Deutschland verliert schon seit Jahren Weltmarktanteile und ist laut UNCTAD-Weltinvestitionsbericht 2003 von Platz 4 auf Platz 12 der attraktivsten Standorte gerutscht.

Dies zeigt deutlich, dass die von Rot-Grün eingeleitete Außenwirtschaftsoffensive noch keinen ausreichenden Beitrag zur Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft geleistet hat.

Um zu erreichen, dass ausländische Investitionen in Deutschland gestärkt, Exporte aktiv unterstützt und damit Wachstum und Beschäftigung in Deutschland geschaffen werden, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion 25 Aktionspunkte zur Neustrukturierung der Außenwirtschaftsförderung (Drucksache 15/746) vorgelegt.

Die Unions-Forderungen sind angesichts der Bedeutung des mittelständischen Exportgeschäfts für die deutsche Wirtschaft und den Herausforderungen durch neue Wettbewerber

aus China, Russland und den MOE-Staaten aktueller und notwendiger denn je.

Die Rede von Erich G. Fritz am 1. Oktober finden Sie auf der Homepage www.erich-fritz.de unter der Rubrik Redebeiträge.

Jahresabrüstungsdebatte im Deutschen Bundestag:

Anlässlich der Jahresabrüstungsdebatte im Deutschen Bundestag hat die Union Rot-Grün vorgeworfen, beim Rüstungsexport keine Kehrtwende gemacht zu haben. Stattdessen stehen die Zeichen auf Liberalisierung der deutschen Exportpraxis und damit völlig konträr zu den eigenen restriktiven Rüstungsexportrichtlinien vom Januar 2000.

Die Zustimmung zu Rüstungsexporten in Kriegsgebiete wie den Irak fällt inzwischen ebenso leicht wie die Aufhebung des Waffenembargos gegenüber Libyen. Und die Zustimmung zur Lieferung von Kampfpanzern in die Türkei hängt nur noch von der offiziellen Anfrage der Türkei ab. 1999 war Rot-Grün an einer solchen Frage fast zerbrochen. Heute diskutiert Rot-Grün unter anderen Vorzeichen. Der zeitliche Zusammenfall zwischen der Unterstützung eines EU-Beitritts und der grundsätzlich positiven Grundhaltung einem Export gegenüber ist dabei allzu offensichtlich.

Die vollständige Rede von Erich G. Fritz am 21. Oktober finden Sie ebenfalls auf der Homepage www.erich-fritz.de unter der Rubrik Redebeiträge.

Tagesbetreuungsabbaugesetz Betreuung von Kleinkindern verbessern

In der Debatte zum Ausbau der Betreuung von Kleinkindern hat die Union das Verhalten der rot-grünen Regierungskoalition kritisiert, weil Rot-Grün in einer „Nacht- und Nebelaktion“ das Gesetz in einen zustimmungspflichtigen und einen zustimmungsfreien Teil aufgeteilt hat.

Die Union tritt auch für verbesserte Kinderbetreuung ein, hält aber die Finanzierung des rot-

grünen Tagesbetreuungsabbaugesetzes für unseriös. Zwar sollen von den Einsparungen, die durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bei den Kommunen entstehen, 1,5 Milliarden für den Ausbau der Kinderbetreuung verwendet werden, nach Expertenrechnungen werden jedoch mindestens 2,5 Milliarden Euro benötigt. Letztlich müssen also die höheren Kosten von den Eltern übernommen werden.

Das Familienkonzept der CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt auf den Bildungs- und Erziehungsaspekt wie auf die Quantität und Qualität von Betreuungsangeboten von Tagesmüttern. Die PISA-Studie hat bestätigt, wie notwendig frühkindliche Förderung ist.

Im Antrag „Elternhaus, Bildung und Betreuung verzahnen“ fordern wir den Ausbau der Kinderbetreuung als Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Mit dem Antrag „Ausbau und Förderung der Tagespflege“ setzen wir uns für ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder unter 3 Jahren ein und mit dem Unionsantrag „Frauen und Männer beim Wiedereinstieg in den Beruf fördern“ fordern wir die Entwicklung innovativer Konzepte in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, die Erziehende beim beruflichen Wiedereinstieg unterstützen.

Union lehnt Abschaffung der Eigenheimzulage ab

Die CDU/CSU-Fraktion hat die Abschaffung der Eigenheimzulage bei der abschließenden Beratung im Bundestag am 22. Oktober 2004 abgelehnt. Hinter der Abschaffung steht kein Konzept. Die eingesparten Mittel werden nur zum „Stopfen von Haushaltslöchern“ verwendet und nicht zur Investition in die Bildung, da im Gesetz keine Zweckbindung vorgesehen ist.

Die Bürger werden durch die wiederholten Versuche der Bundesregierung zur Streichung der Eigenheimzulage verunsichert. Erst im Dezember 2003 war im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat ein Kompromiss zur Neuregelung der Eigenheimzulage geschlossen worden. Private Bauherren aber

brauchen für ihre Investitionsabsichten größtmögliche Planungssicherheit.

Das Gesetz kann ohne die Zustimmung des Bundesrates nicht in Kraft treten. In der Länderkammer lehnt die Mehrheit der Unionsländer eine Streichung ab. Die Union ist nämlich nach wie vor fest davon überzeugt, dass die Eigenheimzulage neben ihrem eigentlichen Ziel – der Erhöhung der Quote des selbstgenutzten Wohneigentums – auch zur Stabilisierung der Wohnungsmärkte, zur Stadtentwicklung sowie zur privaten Altersvorsorge beiträgt.

Dortmunder Schüler nimmt an „Jugend und Parlament“ teil

Auf Einladung des Deutschen Bundestages und des Dortmunder CDU-Bundestagsabgeordneten Erich G. Fritz hat der 17-jährige Alexander Gutowski aus Dortmund-Lanstop an der Veranstaltung „Jugend und Parlament“ teilgenommen. Im Mittelpunkt der dreitägigen Veranstaltung stand das Planspiel „Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren“. Dabei nahmen die Jugendlichen die Rollen von Abgeordneten ein und berieten fiktive Gesetzentwürfe in Fraktionen und Ausschüssen.

Für Alexander Gutowski, der Schüler des Immanuel-Kant-Gymnasiums und Mitglied in der Schüler Union sowie der Jungen Union ist, war es natürlich ungewohnt, die Rolle eines Abgeordneten der Arbeiterpartei Deutschlands (APD) zu übernehmen, zugleich aber eine interessante Erfahrung, die Gegenposition zu seiner sonstigen Arbeit sachlich und überzeugend zu vertreten.

Letzte Meldung: Mehr Rechte für Homo-Ehen beschlossen

Der Bundestag hat mit den Stimmen von Rot-Grün und der FDP eine rechtliche Besserstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren beschlossen. Damit können sich lesbische und schwule Paare künftig wie Ehepartner verloben, eine Zugewinnngemeinschaft bilden und ein Kind aus einer früheren Partnerschaft adoptieren.

Redaktionsschluss: 29.10.2004